

# Seit hundert Jahren umkämpft: Die Kriegsschuldfrage

Von **Wolfram Wette**

Ob am 3. August auf dem Hartmannsweilerkopf im Elsass oder am darauffolgenden Tag, dem Tag des deutschen Überfalls und eigentlichen Kriegsbeginns, im belgischen Lüttich: Erstmals kam es in diesem Jahr zu gesamteuropäischem Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs. Dabei ist dieser in den anderen europäischen Ländern seit jeher sehr viel stärker präsent als bei uns: in England als „The Great War“, als die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, ebenso bei den Belgiern. In Frankreich, das von den deutschen Armeen stärker als alle anderen kriegsführenden Länder verwüstet wurde, wird insbesondere am Tag des Waffenstillstands, dem 11. November 1918, der Gefallenen des „Grande Guerre“ gedacht. Dieses Gedenken in Trauer vereint in unserem Nachbarland alle politischen Kräfte von der Rechten bis zur Linken. Es ist Teil der nationalen Identität.

Anders in Deutschland: Ein vergleichbares, gemeinsames Gedenken an die Toten des Ersten Weltkrieges hat es in Deutschland – bis zu diesem Jahr – eigentlich nie gegeben. Vor dem Hintergrund von zwei Millionen toten deutschen Soldaten tobte in Deutschland stattdessen schon gleich nach dem Ersten Weltkrieg eine hasserfüllte Auseinandersetzung über zwei zentrale Fragen dieses Krieges, nämlich erstens über die Frage der Kriegsschuld und zweitens über die Ursachen der Niederlage bzw. die Schuld an dieser. Genauer gesagt, gab es einen grundlegenden Streit über die Verantwortlichen für die Entfesselung des Krieges, für seine lange Dauer und für die militärische Niederlage.<sup>1</sup> Die Spuren dieses Streits sollten dann unmittelbar in die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur hineinführen. Und: Sie sind selbst noch in den aktuellen Debatten des Erinnerungsjahres 2014 präsent.

Neuerdings hat besonders Christopher Clark mit seinem Werk „Die Schlafwandler. Wie Europa 1914 in den Krieg zog“<sup>2</sup> die Kriegsschuldfrage wieder aufgeworfen. Darin geht es, ohne dass dies direkt ausgesprochen würde, um eine groß angelegte Entlastung der Deutschen.

1 Vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983; Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984.

2 Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa 1914 in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013 (engl. Ausgabe: The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914, London 2012).

„Der Spiegel“ gab die Rezeptionsrichtung vor, indem er das Clark-Buch unter der Überschrift präsentierte: „Schlafwandelnd in die Schlacht. Die Deutschen tragen Schuld am Ersten Weltkrieg – aber nicht mehr als andere“.<sup>3</sup> Hernach wurde das Werk in den Feuilletons fast aller großen Tages- und Wochenzeitungen positiv besprochen, mitunter sogar euphorisch gelobt. Die Wirkung sollte nicht ausbleiben: Wie eine Forsa-Umfrage vom Januar 2014 ergab, teilen inzwischen 58 Prozent der Deutschen die Ansicht, dass Deutschland nicht mehr als andere Länder Schuld trägt an der Auslösung des Ersten Weltkrieges. Nur noch 19 Prozent sehen eine „Hauptverantwortung“ bei der Reichsregierung.<sup>4</sup> Die revisionistische Welle rollt also.

Zum Meinungswandel mag auch das Buch des deutschen Politikwissenschaftlers Herfried Münkler beigetragen haben, der hinsichtlich der deutschen Kriegsschuld ähnliche Ansichten wie Clark vertritt.<sup>5</sup> Er bestreitet demonstrativ „die deutsche Alleinschuld am Ersten Weltkrieg“, ohne zu bemerken, dass diese niemand behauptet hat, schon gar nicht der bedeutende Hamburger Weltkriegsforscher Fritz Fischer, der von den deutschen Konservativen stets bekämpft wurde. Diesem warf Münkler zudem die unwürdige, ja entehrende Bewertung nach, seine Methodik „würde heute in keinem Proseminar mehr akzeptiert“.<sup>6</sup>

### **Die Schuldfrage – eine angeblich „irrelevante Kategorie“**

Warum aber widerfuhr Clark und Münkler diese immens positive Aufnahme? An neuen Erkenntnissen aufgrund neuer Quellenfunde kann es nicht liegen. Denn Clark wie Münkler gestehen freimütig ein, dass sie keine wesentlichen, bislang unbekanntes Archivalien gefunden und ausgewertet, sondern lediglich das längst veröffentlichte Quellenmaterial neu interpretiert haben. Die Sprengkraft dieser Bücher ergibt sich vielmehr aus der geschichtspolitischen Botschaft. Offensichtlich haben beide etwas ausgesprochen Deutschenfreundliches anzubieten – nämlich die Entlastung von der Schuld an der Verursachung des Krieges.

Im Schlusskapitel seines Buches argumentiert Clark ganz im Sinne einer allgemeinen moralischen Entlastung aller 1914 handelnden Akteure, die den Krieg entweder bewusst herbeigeführt oder aber nicht konsequent genug verhindert haben. Sein Fazit: „So gesehen, war der Kriegsausbruch eine Tragödie, kein Verbrechen.“ Die Protagonisten von 1914 „waren Schlafwandler – wachsam, aber blind, von Alpträumen geplagt, aber unfähig, die Realität der Gräueltaten zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzten.“<sup>7</sup>

3 Holger Afflerbach, *Schlafwandelnd in die Schlacht*, in: „Der Spiegel“, 24.9.2012.

4 Forsa-Umfrage für die Zeitschrift „Stern“ vom Januar 2014, zit. von John Röhl, *Der Wille zum Angriff*, in: „Süddeutsche Zeitung“, 5.3.2014.

5 Herfried Münkler, *Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918*, Berlin 2014.

6 Interview von Joachim Käppner und Christian Mayer, Herfried Münkler über Schuld, in: „Süddeutsche Zeitung“ 4./5./6.1.2014. Zur Kritik des Münkler-Buches siehe Klaus Wernecke: *Die Zukunft der Vergangenheit. Weltkriegsjubiläum, neue Geschichtsdeutung und Neue Deutsche Macht*, in: „Sozialismus“, 4/2014, S. 14-21.

7 Clark, a.a.O., S. 716 und S. 718.

Bei anderer Gelegenheit sagte Clark noch deutlicher, dass ihn die zentrale Frage des Ersten Weltkrieges, nämlich die Schuldfrage, eigentlich gar nicht interessiert. Auf die Frage, wer Schuld am Ersten Weltkrieg gehabt habe, antwortete er: „Ich halte Schuld für den falschen Begriff. Denn das Verhalten, das zum Krieg führte, war 1914 allgegenwärtig. Es war Teil der europäischen Kultur. Deshalb geht es eher um Fehler oder Verantwortung als um Schuld. [...] Es haben viele Entscheidungsträger auf allen Seiten Fehler gemacht. Letztendlich haben die europäischen Eliten versagt.“<sup>8</sup>

In dieser nivellierenden Aussage stecken Behauptungen, die so nicht zutreffen. Der pauschale Hinweis auf das Versagen der „europäischen Eliten“ lenkt von der Tatsache ab, dass diese keineswegs alle gleich dachten und handelten, sondern dass etliche von ihnen durchaus eine Kriegsverhütungspolitik betrieben.

### Vom Schlafwandeln und Hineinschlittern in den Krieg

Ein dezidierter Wille zum Krieg, zumal zum Angriffskrieg, war in der Julikrise 1914 bei den europäischen Großmächten keineswegs allgegenwärtig, wohl aber in der österreichischen und in der deutschen Führung. Der preußisch-deutsche Militarismus mit seinem absoluten Übergewicht des Militärischen war etwas durchaus Spezifisches und nicht etwa nur die deutsche Version einer allgemeinen europäischen kriegerischen Kultur.

Auch eine europäische Kultur im heutigen Sinne gab es damals nicht. Vielmehr haben viele Intellektuelle Europas den Krieg geradezu als eine Auseinandersetzung zwischen extrem unterschiedlichen Kulturen gedeutet.<sup>9</sup>

Clark versteht unter Schuld offensichtlich ein moralisches Urteil – was es ja zweifellos auch ist –, und das missfällt ihm. Er möchte mit dieser politisch-moralischen Kategorie nichts zu tun haben, sondern sich auf die machtpolitisch relevante Frage beschränken, „wie“ die europäischen Mächte in den Krieg gingen. Damit versucht er die entscheidenden Fragen zu eliminieren: Wer hatte den Willen zum Krieg und warum?

Im Fahrwasser von Clark erklärt der deutsche Historiker Sönke Neitzel (Jahrgang 1968) so ganz nebenbei und ohne jede Begründung, die Kriegsschuldfrage sei heute „überholt“. Beim „Kriegsausbruch 1914“ handle es sich um eine „komplexe“ Angelegenheit, die sich nicht mit einfachen Formeln fassen lasse. Heute sei eine neue Sicht der Kriegsschuldfrage erforderlich: Die Auslösung des Krieges 1914 werde nun nicht mehr gesehen „als die Schuld eines Staates, Deutschlands und/oder Österreich-Ungarns, sondern vielmehr als Folge einer gesamteuropäischen Krise“.<sup>10</sup>

Auch hier dominiert das Bestreben, die sittlich-moralische Frage auszuklammern, wer für die Entfesselung des Ersten Weltkrieges und damit

8 „Die Eliten haben versagt“, Interview von Cay Rademacher und Joachim Telgenbüscher mit Christopher Clark, in: „Geo Epoche“, 1914, das Schicksalsjahr des 20. Jahrhunderts, Nr. 65, 2004, S. 156-161, hier: S. 156.

9 Vgl. etwa Wolfgang J. Mommsen (Hg.): Kultur und Krieg, Göttingen 1986.

10 Sönke Neitzel, Wozu Menschen in den Weltkriegen fähig waren, in: „Die Welt“, 12.1.2014.

zugleich für die 17 Millionen Toten dieses Gewaltexzesses primär verantwortlich war. Stattdessen wird suggeriert, die europäische Diplomatie der damaligen Zeit sei ein Feld gewesen, auf dem jeder einmal Fehler gemacht habe. Aber wirkliche Schuld sei nicht zu erkennen. Daher sei die Schuldfrage „überholt“ – lediglich ein Thema von gestern.<sup>11</sup> Dies aber ist mitnichten der Fall.

Als strategischer Hebel der Entschuldung dient Clarks Bild von den „Schlafwandlern“. Gemeint sind die etwa 50 bis 100 leitenden europäischen Politiker und Spitzenmilitärs, die 1914 die Hebel der Macht bedienten. Sie handelten, so Clark, nicht überlegt und schuldhaft, sondern sie taumelten in den Abgrund, ohne so recht zu wissen, was sie taten.

Diese Argumentation ist alles andere als neu. Dankbar hatte man in Deutschland schon bald nach dem Weltkrieg das Diktum des liberalen britischen Politikers David Lloyd George (1863-1945) aufgegriffen, der vor dem Krieg Radikalpazifist gewesen war und dann zum Kriegspremier wurde. Er orakelte im Dezember 1920, eigentlich seien die Staatsmänner in den Krieg „hineingeschlittert oder besser getaumelt oder gestolpert“.<sup>12</sup> Mit anderen Worten: Keine der kriegführenden Regierungen habe den Krieg wirklich gewollt und bewusst herbeigeführt; das internationale Krisenmanagement habe in der Julikrise 1914 versagt; Schuldige und Unschuldige ließen sich daher kaum ausmachen.

Das war natürlich Musik bereits in den Ohren der Deutschnationalen der damaligen Zeit – und ist es offensichtlich bis heute geblieben. Denn (nur) die Entlastung von alter Schuld befähigt zu neuen Taten. Münkler bringt es denn auch im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ polemisch auf den Punkt: „Es lässt sich kaum eine verantwortliche Politik in Europa betreiben, wenn man die Vorstellung hat: Wir sind an allem schuld gewesen.“ Denn, so Münkler offensichtlich bedauernd: „Weil wir historisch schuldig sind, müssen, ja dürfen wir außenpolitisch nirgendwo mitmachen; also kaufen wir uns lieber frei, wenn es darum geht, Europa an den Krisenrändern zu stabilisieren.“<sup>13</sup>

## Die Verteidigungslüge von 1914

Bereits die Akteure von 1914 wussten um die Brisanz der Schuldfrage. Denn in den Augen der Masse der friedliebenden Menschen in ganz Europa galt schon im 19. Jahrhundert nur noch die Landesverteidigung als legitim und – obwohl die Regierungen den Krieg damals noch als ein legitimes Mittel der Staaten ansahen – ein Angriffskrieg bereits als illegitim. In moralischer Hinsicht, wie sie von den zeitgenössischen Pazifisten und Sozialisten vertreten wurde,

11 So im Phoenix-TV-Streitgespräch „History Live: Wer war schuld? Der Weg in den Ersten Weltkrieg“. Guido Knopp diskutiert mit Christopher Clark (Cambridge), Sönke Neitzel (London) und Wolfram Wette (Freiburg), 3.11.2013, zu sehen auf [www.youtube.com](http://www.youtube.com).

12 Zit. nach: Jörg Richter, Kriegsschuld und Nationalstolz – Politik zwischen Mythos und Realität, Tübingen 1972, S. 55; siehe auch Wolfgang Kruse, Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009, S. 11.

13 Siehe das Interview von Joachim Käppner und Christian Mayer, Herfried Münkler über Schuld, a.a.O.

stellte er sogar ein Verbrechen dar. Der Verursacher eines kriegerischen Konflikts wurde in aller Regel auch als der Kriegsschuldige angesehen.<sup>14</sup> Für die Politiker von 1914 galt daher: Weil die Mehrheit der Menschen, gerade der sogenannten einfachen, durchaus friedliebend war, musste eine Regierung, die den Krieg wollte, bestrebt sein, ihren politischen Willen vollständig zu verschleiern. Sie musste ihr ganzes diplomatisches Geschick aufwenden, um vor der Bevölkerung des eigenen Landes als unschuldig dazustehen.

### „Man drückt uns das Schwert in die Hand“

Deshalb sagte die deutsche Reichsleitung 1914 nicht die Wahrheit. Am 31. Juli 1914 verkündete Kaiser Wilhelm II. daher die Verteidigungslüge: „Man drückt uns das Schwert in die Hand.“<sup>15</sup> In seinem „Aufruf an das deutsche Volk“ vom 6. August wiederholte er diese Behauptung: „Es muss das Schwert nun entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Darum auf, zu den Waffen! Jedes Schwanken und jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande. Um Sein oder Nichtsein unseres Reiches handelt es sich.“<sup>16</sup> Zur Rechtfertigung des deutschen Krieges war damit die Legende von der „Vaterlandsverteidigung“ in die Welt gesetzt. Sie sollte sich als äußerst wirksam und zugleich als äußerst zählebig erweisen.

Seit dem „Blankoscheck“ Kaiser Wilhelms II. für einen Krieg Österreich-Ungarns gegen Serbien am 5. Juli 1914 wurde in der deutschen Reichsleitung an der optimalen Form der Kriegsauslösung gearbeitet. Als treibende Kraft agierte dabei der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg selbst.<sup>17</sup> Er war es, der „die Auslösung des Krieges gegen den Widerstand der Militärs so lange hinaus(zögerte), bis Russland durch die Generalmobilmachung den nötigen Vorwand lieferte“.<sup>18</sup> Schließlich gelang es ihm, die zum Krieg führenden Vorgänge so darzustellen, dass Russland als der Angreifer dastand und Deutschland als das angegriffene Land. Damit konnte die Regierung die oppositionellen SPD-Reichstagsabgeordneten über ihre eigentlichen Absichten täuschen und sie hinters Licht führen, wobei offen bleiben kann,

14 Auf den Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907, die auf einen Vorschlag des Zaren Nikolaus II. zurückgingen, wurde erstmals ein internationaler Versuch unternommen, Regeln gegen den Krieg zu vereinbaren. Aber dazu kam es nicht, und zwar insbesondere deshalb, weil die deutsche Seite freie Hand behalten wollte; und das bedeutete, dass sie sich das Recht auf den offensiven Einsatz des Krieges als Mittel der Politik in keiner Weise beschneiden lassen wollte. So gab es als Ergebnis der Haager Konferenzen keine Regeln gegen den Krieg, sondern lediglich Regeln im Krieg, Kriegsführungsregeln. Es wurde festgelegt, welche Kampfmittel erlaubt waren und welche nicht. Ein völkerrechtliches Verbot des Angriffskrieges gibt es erst seit dem Briand-Kellogg-Stresemann-Pakt von 1929. Er wurde später, in den Nürnberger Internationalen Kriegsverbrecherprozessen 1945-49, als Rechtsgrundlage für die Verurteilung der Aggressionskriege Hitler-Deutschlands herangezogen.

15 Ansprache Wilhelms II. vom 31.7.1914, in: „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, Neue Folge (Hg. von Wilhelm Stahl), 30. Jg., 1914, Erste Hälfte, Berlin 1917, S. 370.

16 Aufruf Kaiser Wilhelms II. „An das deutsche Volk!“ vom 6.8.1915. Text in: „Schulthess' Europäischer Geschichtskalender“, a.a.O., S. 388 (der, allerdings später eingelezene, „Originalton“ ist nachzuhören auf [www.youtube.com](http://www.youtube.com)).

17 Stig Förster, Russische Pferde. Die deutsche Armeeführung und die Julikrise 1914, in: Christian Th. Müller und Matthias Rogg (Hg.), Das ist Militärgeschichte! Probleme – Projekte – Perspektiven, Paderborn u.a. 1913, S. 63-82, hier: S. 78f.

18 Ebd. S. 79.

ob sie auch ein Stück weit hinters Licht geführt werden wollten, um auf ihr traditionelles Bekenntnis zur Landesverteidigung rekurrieren zu können.<sup>19</sup>

Der treffendste Beleg für die Manipulation der Reichsleitung ist noch immer das Eingeständnis des Chefs des Marinekabinetts, Admiral Georg Alexander von Müller. Er freute sich über den gelungenen Coup des Reichskanzlers und notierte am 1. August 1914: „Stimmung glänzend. Die Regierung hat eine glückliche Hand gehabt, uns als die Angegriffenen hinzustellen.“<sup>20</sup> Damit lud die Reichsregierung eine ungeheure moralische Kriegsschuld auf sich. General Erich von Falkenhayn, 1914 preußischer Kriegsminister, war einer der ständigen Kriegstreiber in der deutschen Militärführung<sup>21</sup> und in den letzten Julitagen „einer der entschiedensten Befürworter sofortigen Losschlagens“<sup>22</sup>, obwohl er zumindest ahnte, dass Deutschland keineswegs mit einem raschen Sieg rechnen konnte. Am 4. August äußerte er eine Weltsicht, welche die zynische Geisteshaltung führender deutscher Militärs widerspiegelte und seine ganze „verbrecherische Verantwortungslosigkeit“ offenbarte.<sup>23</sup> Er sagte: „Wenn wir auch darüber zugrunde gehen, schön war’s doch.“<sup>24</sup>

### Zweifel an der Kriegsschuld und das Beispiel Eduard Bernstein

In den Kriegsjahren 1914 bis 1918 hatten Reichsleitung und Oberste Heeresleitung das allergrößte Interesse daran, dass die Wahrheit nicht herauskam. Die Kriegsschuldfrage durfte nicht einmal öffentlich erörtert werden. Wer mehr wusste, als erlaubt war, hatte während des Krieges keine Möglichkeit, sein Wissen öffentlich zu machen. Es war, wie es der linksliberale Publizist, Verleger und Pazifist Hellmut von Gerlach punktgenau formulierte, „die große Zeit der Lüge“.<sup>25</sup>

Die gleich bei Kriegsbeginn verhängte Zensur verhinderte jede öffentliche Debatte über die Kriegsschuldfrage wie auch über die deutschen Kriegsziele. Oppositionelle, die schon wenige Monate nach Beginn des Krieges 1914 Zweifel an der offiziellen Version hegten, dass Deutschland mitten im Frieden überfallen worden sei und sich nun wehren müsse, hatten in Deutschland einen schweren Stand. Bekannt ist, dass Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu den Zweifelnden gehörten und dafür verfolgt wurden. Liebknecht,

19 Vgl. dazu Wolfram Wette, *Kriegsverhütungspolitik der Sozialdemokratie. Vom Basler Friedenskongress 1912 zum Kriegsbeginn 1914*, in: Gernot Eler (Hg.), *Warum Frieden machbar ist. Kriegsverhütung und Friedensstrategien seit dem 1. Weltkrieg*, Freiburg, Basel und Wien 2014, S. 21-41.

20 Notiz Admiral von Müllers vom 1.8.1914, zit. nach Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt a.M., Berlin und Wien 1973, S. 672; ebenfalls zitiert von Fritz Fischer, *Juli 1914*, S. 42 (dort Hinweis auf die Quelle: BA-MA, N 159/4). Siehe auch Jörg-Uwe Fischer, *Admiral des Kaisers. Georg Alexander von Müller als Chef des Marinekabinetts Wilhelms II.*, Frankfurt a.M. 1992.

21 Holger Afflerbach, *Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich*, München 1994.

22 Förster, *Russische Pferde*, a.a.O., S. 80.

23 So Stig Förster, *Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871-1914. Metakritik eines Mythos*, in: „*Militärgeschichtliche Mitteilungen*“, 1/1996, S. 61-95, hier: S. 95.

24 Kurt Riezler, *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, hg. von Karl Dietrich Erdmann, Göttingen 1972, S. 228, zit. nach Förster, *Russische Pferde*, a.a.O., S. 71, und ders., *Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges*, a.a.O., S. 95.

25 Hellmut von Gerlach, *Die große Zeit der Lüge. Der Erste Weltkrieg und die deutsche Mentalität (1871-1921)*, Bremen 1994.

der den Krieg einmal öffentlich als deutschen Angriffs- und Eroberungskrieg bezeichnete, wurde dafür wegen „Kriegsverrats“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>26</sup> Weniger bekannt ist, dass auch der prominente Reichstagsabgeordnete und Theoretiker des Revisionismus, Eduard Bernstein, der zum rechten Flügel der SPD zählte, schon bald die Verteidigungslüge durchschaute.<sup>27</sup> Zunächst, am 3. und 4. August 1914, hatte er im Glauben an die Rechtmäßigkeit der deutschen Sache in der Fraktion und dann auch im Reichstag für die Kriegskredite gestimmt. Aber bereits im Oktober 1914 erkannte er, nach dem Studium veröffentlichter Dokumente zum Kriegsbeginn, das Folgende: „Die deutsche Regierung ist der Hauptschuldige am Kriege; wir sind eingeseift worden; die Bewilligung der Kriegskredite war ein Fehler.“<sup>28</sup> In einer öffentlichen Versammlung in Berlin erklärte er im Herbst 1914 gar: „Für mich ist der 3. und 4. August 1914 der schwärzeste Tag meines ganzen politischen Lebens.“<sup>29</sup>

Zwei Jahre später, im November 1916, publizierte Bernstein eine für die Parteimehrheit geradezu vernichtende Einsicht. Die anhaltende Proklamierung des Verteidigungskrieges durch die Partei basiere auf „Fiktionen einer gewollten Begrenzung des Erkennens, zu denen man seine Zuflucht nimmt, weil man nicht sehen will, was ist, weil man es für zweckmäßig hält, den Dingen nicht auf den Grund zu gehen oder gar sie bewusst in einem anderen Lichte darzustellen, als es der Wirklichkeit entspricht.“<sup>30</sup> Mit anderen Worten: In der SPD werde die Kriegsschuldfrage ganz bewusst nicht thematisiert.

Im gleichen Jahr 1916 drängte die Mehrheit der SPD diejenigen Mitglieder aus der Partei, die Bernstein Ansichten teilten. Über die Kriegsschuldfrage und über die unterschiedliche Haltung zum sogenannten Burgfrieden, die sich hieraus ergab, spaltete sich die SPD, und die neu gegründete USPD wurde zum Sammelbecken der Gegner der Politik der Kriegskreditbewilligungen. Die USPD sollte 1919 zu einer Massenpartei mit über 600 000 Mitgliedern werden. Eduard Bernstein, einer ihrer Mitbegründer, kehrte 1919 zur SPD zurück, ohne jedoch seine Mitgliedschaft in der USPD aufzugeben.

Auf dem ersten Nachkriegsparteitag der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD) im Juni 1919 in Weimar kam es zu einer Aussprache zur Außenpolitik. Bernstein erhielt das Wort und nutzte es dazu, vor dem Hintergrund seiner Überzeugung, dass Deutschland der Hauptschuldige am Kriege war, um für ein gewisses Verständnis für die harten Friedensbedingungen des Versailler Vertrages zu werben.<sup>31</sup> Damit löste er einen

26 Felix Tych, Das Vorgehen der Justiz gegen Pazifisten im Wilhelminischen Deutschland: Die Strafprozesse gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, in: Helmut Kramer und Wolfram Wette (Hg.), Recht ist, was den Waffen nützt. Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert, Berlin 2004, S. 109-126.

27 Lothar Wieland, Die Verteidigungslüge. Pazifisten in der deutschen Sozialdemokratie 1914-1918, Bremen 1998.

28 Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918, in Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller, Düsseldorf 1966, Eintrag vom 3.9.1914, S. 32.

29 So Bernstein im Herbst 1914 in einer Vertrauensmännerversammlung in Berlin, zit. nach der Bernstein-Rede in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag des Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919 (Nachdruck 1973), S. 241.

30 Eduard Bernstein, Die Politik des Als Ob. In: „Vorwärts“, 30.11.1916, zit. nach Kruse, Burgfrieden 1914, a.a.O., S. 29.

31 Protokoll SPD-Parteitag Weimar 1919, a.a.O., S. 241-246.

Sturm der Entrüstung aus. Ein Delegierter beschuldigte ihn gar einer „anti-nationalen“ Einstellung.<sup>32</sup>

Diese Episode wird nur verständlich, wenn man sich das Folgende klar macht: Die Mehrheits-SPD hatte sich im Verlaufe der vier Kriegsjahre immer mehr darauf versteift, bei ihrer Entscheidung vom 4. August 1914 richtig gehandelt zu haben. Das Eingeständnis, sich womöglich geirrt zu haben, hätte ja bedeutet, dass die vielen Toten des Weltkrieges umsonst gewesen waren, weil die Voraussetzungen für den Krieg der Deutschen – die Verteidigungssituation – nicht stimmten. Ein solches Eingeständnis überforderte jedoch nicht nur die Mehrheit der SPD-Abgeordneten und der Delegierten auf dem Weimarer Parteitag von 1919, sondern auch die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung insgesamt, die nur deshalb vier lange Kriegsjahre durchgehalten hatte, weil sie an die Legende vom aufgezwungenen Krieg bis zuletzt glaubte. Für die SPD bedeutete der Verzicht auf ein Umdenken eine neuerliche Selbstfesselung. Er verhinderte, dass sich die stärkste demokratische Partei der Weimarer Zeit mit voller Kraft gegen die Kriegsunschuldspropaganda der nationalistischen Rechten wenden konnte.

### **Von Weimar zu Hitler: Die Propaganda gegen die Kriegsschuld**

Auch in den Jahren der Weimarer Republik beherrschte die Kriegsunschuldslüge die öffentliche Debatte in Deutschland.<sup>33</sup> Jetzt war sie zentraler Bestandteil des Kampfes insbesondere der deutschen Nationalisten gegen den Versailler Friedensvertrag. Im berühmten Kriegsschuld-Artikel 231 des Vertrages heißt es: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“<sup>34</sup>

Die deutschen Nationalisten sahen in diesem Kriegsschuld-Paragrafen den empörendsten Teil des „Diktats“, obwohl es in ihm eigentlich in erster Linie um eine Begründung für die geforderten Reparationen ging. Aber nicht nur die Nationalisten wetterten gegen die „Kriegsschuldslüge“, sondern auch viele Anhänger der Republik und selbst die KPD. Im Rückblick ist zu erkennen: Selbst die demokratischen Parteien hatten nicht den politischen Willen und die Kraft, sich von ihren eigenen Irrtümern loszusagen und die politische und militärische Spitze des Kaiserreichs – und die hinter diesen stehenden Eliten – für den Krieg verantwortlich zu machen.

32 Susanne Miller, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920*, Düsseldorf 1978, S. 280-282.

33 Vgl. dazu Gerd Krumeich, *Vergleichende Aspekte der „Kriegsschulddebatte“ nach dem Ersten Weltkrieg*, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994, S. 914-928.

34 Zit. nach Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. V, Stuttgart 1978, S. 1177.

Die Folgen dieser Unterlassung hat der bereits erwähnte von Gerlach klar erkannt. Wenige Monate vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler kam er zu folgender verheerenden Bilanz: „Die deutschen republikanischen Machthaber aber zogen nicht den Strich zwischen sich und den Verantwortlichen von 1914, wohl aber zwischen sich und den paar Deutschen, die seit 1914 im Kampf gegen die kaiserliche Kriegspolitik standen. Statt die Wahrheit über die Ursachen des Kriegsausbruchs in den breitesten Schichten des deutschen Volkes zu verbreiten, ließen sie die Unschuldpropaganda der Nationalisten die Massen vergiften. Sie säten nicht die Wahrheit. Darum konnte Hitler die Früchte der Unwahrheit ernten. Die vielen Millionen seiner Wähler glauben ehrlich an die Legende von dem ‚unschuldig überfallenen‘ deutschen Volk und schäumen deshalb von gleichem Hass gegen die räuberischen Feinde wie gegen die Republikaner, die 1918 gezwungen waren, die blutige Erbschaft des Kaisertums durch einen peinlichen Frieden zu liquidieren.“<sup>35</sup> Wie sich spätestens mit den Reichstagswahlen vom September 1930 zeigen sollte, wurde nun die NSDAP zum eigentlichen Profiteur der Behauptung von der deutschen Unschuld am Ersten Weltkrieg. Mit dieser Parole konnte sie Millionen von Deutschen mobilisieren. Wer daran zweifelte, wurde als Verräter gebrandmarkt: Bereits in einem nur wenig bekannten Gesetzentwurf der NSDAP-Reichstagsfraktion aus dem Jahre 1930 mit dem beredten Titel „Gesetz zum Schutz der deutschen Nation“ kündigten die Nationalsozialisten an, dass derjenige der Todesstrafe wegen „Volksverrats“ verfallen sein sollte, der „öffentlich in Wort, Schrift, Druck, Bild oder in anderer Weise Deutschlands Alleinschuld oder Mitschuld am Kriege behauptet“.<sup>36</sup>

Nach seinem Machtantritt 1933 rückte Hitler Zug um Zug von den Bestimmungen des Versailler Vertrages ab, indem er neue Fakten schuf. Er nannte das „die Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung“. In einer Reichstagsrede vom 30. Januar 1937 zog er in der Kriegsschuldfrage einen formellen Schlusstrich, indem er verkündete: „Ich ziehe damit vor allem aber die deutsche Unterschrift feierlichst zurück von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepressten Erklärung, dass Deutschland die Schuld am Kriege besitze!“<sup>37</sup> Denn, so die von Hitler in seiner Rede auf dem ersten Großdeutschen Reichskriegertag am 4. Juni 1939 in Kassel quasi nachgereichte Begründung, wissenschaftliche historische Untersuchungen hätten Deutschlands Schuld am Kriege „längst als Lüge und Fälschung erwiesen“.<sup>38</sup>

35 Gerlach zit. nach Lothar Wieland, Anmerkungen zur Aktualität der Kriegsschuldfrage. Unveröffentlichtes Manuskript vom Januar 2014, S. 11.

36 Der Gesetzentwurf der NSDAP-Reichstagsfraktion trug den Titel „Gesetz zum Schutz der deutschen Nation“. Er wurde eingebracht als Änderungsantrag zur zweiten Beratung des Entwurfs eines „Gesetzes zum Schutze der Republik und zur Befriedung des politischen Lebens“, in: Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Bd. 440, Anlage zu den Stenographischen Berichten Nr. 1626-1900, hier: Drucksache Nr. 1741, ausgegeben am 13.3.1930, Berlin 1930; die Entwürfe des Gesetzes zum Schutz der Republik: ebd., Nr. 1441 und 1641 der Drucksachen.

37 Reichstagsrede Hitlers vom 30.1.1937, in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. I/2, Wiesbaden 1973, S. 667.

38 Daher habe er die „wider besseres Wissen geleistete Unterschrift unter das Versailler Diktat feierlich gelöscht und damit auch rein formell der Wahrheit die Ehre gegeben“, vgl. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. II/1, S. 1206.

Derart von jeder Schuld befreit, war der Weg in den nächsten Krieg bereitet, der am 1. September vor exakt 75 Jahren begann – mit dem bekannten, nun tatsächlich alles verheerenden Ausgang.

### Nach 1945: Fritz Fischer und die späte Revision der Kriegsunschuldslüge

Eine Revision der Kriegsunschuldslüge fand auch nach 1945 nicht statt. Das Thema Erster Weltkrieg wurde jetzt in Deutschland überschattet und verdrängt durch die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die in seinem Schatten verübten Massenverbrechen (woran sich bis heute wenig geändert hat).

Erst durch die Forschungen des Hamburger Historikers Fritz Fischer kamen Anfang der 1960er Jahre neue Fakten ans Tageslicht. Fischer konnte belegen, dass es in Deutschland lange vor 1914 Kriegsplanungen, ausformulierte Kriegsziele und einen Willen zum Kriege gegeben hat. Im Titel seines bekanntesten Buches „Griff nach der Weltmacht“<sup>39</sup> ist diese Dynamik anschaulich zum Ausdruck gebracht. Der deutschen Regierung maß Fischer zwar keine alleinige, aber eine Hauptschuld am Ersten Weltkrieg zu: „Da Deutschland den österreichisch-serbischen Krieg gewollt und gedeckt hat und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Juli 1914 bewusst auf einen Konflikt mit Russland und Frankreich ankommen ließ, trägt die deutsche Reichsführung den entscheidenden Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges.“<sup>40</sup>

Durch diese These provozierte Fischer den ersten großen Historikerstreit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die konservative deutsche Historikerschaft protestierte heftig, weil sie fürchtete, mit Fischers Anschauungen über die deutsche Hauptschuld am Ersten Weltkrieg könnte im Nachhinein der Versailler Vertrag eine späte Legitimation erfahren. In der deutschnationalen Tradition stehend, hielten die Konservativen dem Hamburger Historiker empört die alte Legende entgegen, alle wichtigen Nationalstaaten Europas trügen eine vergleichbare Schuld am Beginn des Ersten Weltkrieges, weil die Regierungen gegen ihren Willen in den Weltkrieg „hineingeschlittert“ seien. Fischer antwortete klipp und klar: „Wir sind nicht hineingeschlittert.“<sup>41</sup>

Seit der Fischer-Kontroverse ist nun ein halbes Jahrhundert vergangen, und es könnte sich der Eindruck aufdrängen, die Fischer-Schule habe sich mit ihren Vorstellungen national und international durchgesetzt. Doch nun, 100 Jahre nach Kriegsbeginn, wird an diesen Erkenntnissen wieder gerüttelt. Wir erkennen deutliche Anzeichen für eine Rückkehr zu längst überholt geglaubten Rechtfertigungen.

39 Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1961, Neuausgabe 2009.

40 Ebd., S. 85; siehe auch die weiteren Belege in dem gesamten Unterkapitel „Um die Schuld am Weltkrieg“ (S. 85–89).

41 Fritz Fischer, *Wir sind nicht hineingeschlittert. Das Staatsgeheimnis um die Riezler-Tagebücher. Eine Streitschrift*, Reinbek bei Hamburg 1983.

Auch wenn Clark das Vorfeld des Kriegsbeginns genauer und internationaler ausleuchtet – und damit in der Tat über das hinausgeht, was Fritz Fischer in den 1960er Jahren geleistet hat: Seine Entlastung der Deutschen verträgt sich nicht mit den belegbaren Tatsachen. Hinsichtlich der Kriegsschuldfrage haben somit auch die Bücher von Clark, Münkler und Neitzel nichts an der Richtigkeit der Erkenntnisse von Fritz Fischer geändert.<sup>42</sup>

Schlafwandler, so viel steht fest, können wir nicht gebrauchen – weder in der aktuellen Politik (in einem wieder hoch explosiven Umfeld) noch in fehlerhaften Geschichtsbildern über den Ersten Weltkrieg. Denn auch der politische Nebel, den diese Metapher verbreitet, ist keineswegs harmlos, sondern potentiell gefährlich. Er ist geeignet, die deutsche Gewaltgeschichte zu glätten und zu entsorgen. Unterschwellig arbeitet dieses Bild einer Politik zu, die eine gestiegene deutsche Verantwortung in der Welt auch wieder militärisch definieren möchte. Ein von historischer Kriegsschuld gereinigtes Deutschland könnte mit Hilfe eines geglätteten Geschichtsbildes einen größeren internationalen Handlungsspielraum beanspruchen und zu einer – auch militärisch instrumentierten – neuerlichen Weltmachtpolitik verleiten.

42 So auch Volker Ullrich, Zündschnur und Pulverfass, in: „Die Zeit“, 12.9.2013; sowie Annika Mommbauer, Die Julikrise: Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München 2014; und dies., Julikrise und Kriegsschuld. Thesen und Stand der Forschung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (APUZ), 16-17/2014, 14.4.2014, S. 10-16. – Siehe auch die bisherige Debatte in den „Blättern“: Wolfram Wette, 1914: Der deutsche Wille zum Zukunftskrieg, in: „Blätter“, 1/2014, S. 41-53; Albrecht von Lucke, Der nützliche Herr Gauck, in: „Blätter“, 3/2014, S. 5-8; Klaus Naumann, Historische Schuld und politische Verantwortung. Die Gegenwart der Vergangenheit des Großen Krieges, in: „Blätter“, 6/2014, S. 113-119; sowie Herfried Münkler, Die Eskalation des Schreckens. Von der Julikrise 1914 zur Politik der „revolutionären Infizierung“, in: „Blätter“, 7/2014, S. 102-112.

# Kleiner Beitrag. Große Wirkung.



Fördern Sie die  
Unabhängigkeit  
der »Blätter« –  
schon ab 10 Euro  
im Monat

Mehr auf  
[www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

Anzeige

# Exit: Mit Links aus der Krise



Seit dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 hat sich der Blick auf die Welt fundamental verändert. Was als Finanzkrise begann, hat sich längst zu einer Demokratie-, Staats- und Souveränitätskrise ausgeweitet.

Wie aber ist dieser Krise zu begegnen? Und wie sehen wir wirksame politische Alternativen zum real existierenden Kapitalismus aus?

Mit »Blätter«-Beiträgen von: Elmar **Altvater**, Samir **Amin**, Colin **Crouch**, Tim **Jackson**, Tony **Judt**, Claus **Leggewie**, Birgit **Mahnkopf**, Robert **Misik**, Antonio **Negri**, Kate **Pickett**, Harald **Welzer** u.v.a.

288 S. | 15,00 € | ISBN 978-3-980492560 | Bestellen auf [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)